Deutscher Bundestag **Drucksache 17/5875**
17. Wahlperiode 20. 05. 2011

Fragen

für die Fragestunde der 110. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 25. Mai 2011

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

1. Abgeordnete **Heidrun Dittrich** (DIE LINKE.)	Ist die mit der Umstrukturierung der Bundeswehr einhergehende Zentralisierung der betroffenen Mittelbehörden im zivilen Verwaltungsbereich auf Sozialverträglichkeit geprüft worden?
2. Abgeordneter **Rainer Arnold** (SPD)	Mit welchen Maßnahmen beabsichtigt der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Thomas de Maizière, seine geäußerte Absicht, Belastungen des Wehretats durch die Neuausrichtung der Bundeswehr zu vermeiden, umzusetzen, und welche Finanzplanung liegt dieser Absicht zugrunde?
3. Abgeordneter **Rainer Arnold** (SPD)	Welche Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in den Streitkräften sollen die Neuausrichtung der Bundeswehr begleiten, und welche Finanzmittel sind dafür eingeplant?
4. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Inwieweit treffen Medienberichte zu, wonach in der Nacht zum 18. Mai 2011 in Talokan/Provinz Tachar im nordafghanischen Verantwortungsbereich der Bundeswehr afghanische und ISAF-Soldaten (vermutlich einer US-Spezialeinheit) bei einem gezielten Zugriff zwei Frauen sowie zwei Männer töteten, die laut Darstellung des dortigen Polizeichefs, Schah Dschehan Nuri, gegenüber „dpa“ Zivilisten waren, und dass aus der anschließenden Protestdemonstration heraus das dortige Bundeswehrlager mit Brandsätzen sowie Handgranaten angegriffen wurde, zwei deutsche Soldaten sowie sechs Wachmänner verletzt wurden und nach afghanischen Angaben zwölf Demonstranten getötet sowie über 80 verletzt wurden (Agenturen vom 18. Mai 2011: z. B. Reuters 10.06 Uhr; dpa 16.26 Uhr), und ist die Bundesregierung danach immer noch der Auffassung ihrer Antwort auf meine Frage 55 (Plenarprotokoll 17/104, Anlage 41, 11935 D), dass durch gezielte Zugriffe mit Tötungen durch US-Einheiten die Sicherheitslage im Verantwortungsbereich der Bundeswehr verbessert wird, oder schließt sich die Bundesregierung meiner Auffassung an, dass durch gezielte Tötungen die Gewalt in Afghanistan geschürt sowie die Sicherheitslage nachhaltig gestört werden?

5. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Wie erklärt die Bundesregierung, dass nach Angaben des rüstungsnahen „Newsletters Verteidigung“, Ausgabe 19/2011, „die deutschen Militärattachés die deutsche Industrie zunehmend bei ihren Exportgeschäften unterstützen“, und trifft die ebenfalls dort formulierte Einschätzung zu, dass es hierzu „klare Linien und Vorgaben aus dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) zu geben“ scheint?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

6. Abgeordneter **Uwe Kekeritz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit welchem Ergebnis wurde auf der Weltgesundheitsversammlung, die vom 16. bis 24. Mai 2011 in Genf stattgefunden hat, der Vertrag zwischen der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) und der World Health Organization (WHO) vom Mai 1959 behandelt, und welche Positionen vertraten andere Staaten zu diesem Thema?

7. Abgeordneter **Uwe Kekeritz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Ergebnisse im Hinblick auf die Reform und Stärkung der WHO kann die Bundesregierung von der Weltgesundheitsversammlung berichten, und inwieweit spiegeln die dortigen Diskussionen und Beschlüsse die in den Anträgen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Bundestagsdrucksachen 17/3437 und 17/5769) angemahnten Reformschritte wider?

8. Abgeordnete **Elisabeth Scharfenberg** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zu ergreifen, um – wie im aktuellen Fall der Insolvenz der City BKK geschehen – die Weigerung der Aufnahme von Versicherten durch verschiedene gesetzliche Krankenkassen sowie die Weigerung von Ärztinnen und Ärzten, diese Versicherten zu behandeln, wirksam und dauerhaft zu vermeiden bzw. den geltenden Kontrahierungszwang wirksam umzusetzen?

9. Abgeordnete **Elisabeth Scharfenberg** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass das inakzeptable Verhalten der betreffenden gesetzlichen Krankenkassen insbesondere begründet ist im unvollständigen Ausgleich durch den morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich als auch in der Sorge vor der Erhebung von Zusatzbeiträgen, und falls nein, warum nicht?

10. Abgeordnete **Silvia Schmidt (Eisleben)** (SPD)

Welche Zahlen liegen der Bundesregierung zur Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in die häusliche Pflege von chronisch kranken Eltern vor, und welche Maßnahmen plant und führt die Bundesregierung bereits durch, um die betroffenen Familien in der Versorgung mit Pflege und Assistenzleistungen aktiv zu unterstützen und zu entlasten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

11. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Warum wird im vom Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, am 5. Mai 2011 vorgestellten „Handbuch Eisenbahnfahrzeuge“ (siehe Pressemitteilung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vom 5. Mai 2011) nicht auf die sich aus der UN-Behindertenrechtskonvention ergebenden Erfordernisse zur Barrierefreiheit sowie zur Beteiligung der Organisationen von Menschen mit Behinderungen verwiesen, und welche Behindertenverbände waren in die Beratung zu diesem Handbuch einbezogen?

12. Abgeordnete **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Wie viele der ca. 50 000 in Deutschland zugelassenen Taxis sind barrierefrei, und was hat die Bundesregierung seit Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention am 26. März 2009 unternommen, um die Zahl barrierefreier Taxis zu erhöhen?

13. Abgeordneter **Michael Schlecht** (DIE LINKE.)

Kann die Bundesregierung ausschließen, dass das bundeseigene Unternehmen Deutsche Bahn AG für eventuelle Mehrkosten aufkommt, sofern im Stresstest für „Stuttgart 21“ die Obergrenze der Kosten von 4,5 Mrd. Euro überschritten wird?

14. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie ist der aktuelle Zeitplan für die Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes, und in welchem Quartal könnte aus Sicht der Bundesregierung die Novellierung frühestens abgeschlossen sein?

15. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie ist der aktuelle Zeitplan für die Erarbeitung bzw. Umsetzung des Bundesprogramms zur Wiedervernetzung, und welche problematischen Aspekte an diesem Bundesprogramm werden vom Verkehrsressort eingewendet (vgl. Presse vom 19. Mai 2011)?

16. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann und mit welchen finanziellen Mitteln ausgestattet wird die Bundesregierung – insbesondere vor dem Hintergrund, dass die mit dem Konjunkturpaket II finanzierten Bauprojekte für Querungshilfen Ende 2011 abgeschlossen sein müssen – das im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP vereinbarte Bundesprogramm Wiedervernetzung „als Grundlage für den Bau von Querungshilfen im Bundesverkehrswegenetz in den wichtigsten Lebensraumkorridoren“ realisieren?

17. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Summen sind von der EU, dem Bund und den Ländern für die Bauphasen B und C der Nordverlängerung der A 14 aufzubringen, und welche genauen Voraussetzungen müssen vorliegen, damit die Fördermittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für die Bauphase A nicht verloren gehen?

18. Abgeordneter **Heinz Paula** (SPD)

Gibt es im deutschen Verkehrsrecht eine Risikobewertung von Kreuzungen, vor allem hinsichtlich der Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern, die der Prävention dient und nicht darauf beruht, wie viele Verkehrsunfälle es bisher gegeben hat?

19. Abgeordneter **Heinz Paula** (SPD)

Welche Städte des Regierungsbezirks Schwaben waren in den ersten Monaten des Jahres 2011 bereits von den Kürzungen bei der Städtebauförderung (insbesondere „Soziale Stadt“) betroffen, und wird der vehemente Protest von Kommunalpolitikern sowie bayerischer Staatsregierung dazu führen, dass diese Kürzungen zurückgenommen werden?

20. Abgeordneter **Swen Schulz (Spandau)** (SPD)

Durch welche Bundesministerien wurden in welcher Höhe Forschungsprojekte im Bereich der Bau- und Gebäudeforschung in den letzten vier Jahren durch die Bundesregierung gefördert?

21. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist die Bundesregierung bereit, ähnlich wie Nordrhein-Westfalen ein Ziel von 2 Prozent der Fläche zur Windenergienutzung Onshore anzustreben, und welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung z. B. im Rahmen der Novelle des Baugesetzbuchs und des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, um Kommunen zu unterstützen, die Errichtung von mehr Windenergieanlagen zu ermöglichen und administrative Hemmnisse oder Verhinderungsplanungen für Windenergieanlagen abzubauen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

22. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse, die der kürzlich veröffentlichte Bericht der RSK „zur anlagenspezifischen Sicherheitsüberprüfung deutscher Kernkraftwerke“ enthält, waren der Bundesregierung bisher unbekannt, und warum?

23. Abgeordnete **Heidrun Dittrich** (DIE LINKE.)

Wie gedenkt die Bundesregierung nach der Feststellung der mangelnden Sicherung deutscher Atomkraftwerke gegen Flugzeugabstürze durch die Reaktor-Sicherheitskonferenz (RSK) vom 17. Mai 2011, künftig alle Überflüge zu verhindern, so auch die der US-Kampfflugzeuge, die am 13. Dezember 2010 über dem Atomkraftwerk Grafenrheinfeld übten, entsprechend des Berichts von monitor vom 7. April 2011?

24. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie lautet der genaue und vollständige Wortlaut des Auftrags, mit dem das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) die RSK in ihrer 433. Sitzung am 17. März 2011 aufgefordert hat, einen Anforderungskatalog für eine Sicherheitsüberprüfung der deutschen Atomkraftwerke zu erstellen und die Ergebnisse der auf dieser Basis durchgeführten Überprüfungen zu bewerten (sogenannter Stresstest; zum BMU-Auftrag vgl. RSK-Stellungnahme vom 16. Mai 2011, S. 3), und wurde der Auftrag vom BMU schriftlich oder mündlich erteilt?

25. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welchen Staaten gibt es höhere Deckungsvorsorgesummen für den nuklearen Katastrophenfall als in Deutschland, und wie hoch ist die jeweilige Deckungsvorsorge in diesen Staaten?

26. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist die Bundesregierung in der Lage, zu quantifizieren, in welchem Umfang die von ihr beabsichtigten Maßnahmen zum zusätzlichen Ausbau der erneuerbaren Energien beitragen (bitte im Vergleich zu den nach Brüssel gemeldeten Zahlen im nationalen Aktionsplan für erneuerbare Energien darstellen), und falls ja, wie sieht diese Quantifizierung konkret bezogen auf die einzelnen Maßnahmen aus?

27. Abgeordneter **Dr. Hermann Ott** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Initiativen und Maßnahmen betreibt die Bundesregierung, um auf der Weltklimakonferenz Ende des Jahres in Durban zu einem erfolgreichen Abschluss zu kommen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

28. Abgeordneter **Michael Gerdes** (SPD)

Wie viele Sitzungen des „Bundes-Algen-Stammtisches“ haben bisher stattgefunden, und was sind die bisher wesentlichen Ergebnisse dieser Einrichtung?

29. Abgeordneter **Michael Gerdes** (SPD)

Welche Forschungsprojekte zur Nutzung von Mikroalgen im Rahmen der Bioenergieerzeugung wurden in den letzten vier Jahren durch die Bundesregierung gefördert?

30. Abgeordneter **Swen Schulz (Spandau)** (SPD)

Ist es zutreffend, dass die Bundesregierung plant, die Förderung der Erforschung der Elektromobilität bis zum Ende der Legislaturperiode zu verdoppeln, und falls ja, wie sollen die insgesamt rund 500 Mio. Euro, für die das Bundesministerium für Bildung und Forschung verantwortlich ist, thematisch verteilt werden?

31.	Abgeordneter **Dr. Ernst Dieter Rossmann** (SPD)	Verfolgt die Bundesregierung das vor einem Jahr zur ersten Nationalen Bologna-Konferenz verkündete Ziel der Schaffung einer „Akademie“ bzw. eines „Forums für Studium und Lehre“ weiter, und wenn ja, mit welchen folgenden Schritten?
32.	Abgeordneter **Dr. Ernst Dieter Rossmann** (SPD)	Mit welchen nächsten Schritten will die Bundesministerin für Bildung und Forschung ihr am vergangenen Wochenende erneut in der Presse geäußertes Ziel, das so genannte Kooperationsverbot für Bildung im Grundgesetz überwinden zu wollen, erreichen bzw. diesem näher kommen?
33.	Abgeordnete **Marianne Schieder (Schwandorf)** (SPD)	Wie viele Lehrstühle konnten mit dem Professorinnenprogramm von Bund und Ländern bisher neu besetzt werden (bitte nach Ländern und Fachrichtungen sortiert), und wie hoch ist der derzeitige Stand des Mittelabflusses der Gesamtmittel?
34.	Abgeordnete **Marianne Schieder (Schwandorf)** (SPD)	Wie viele Deutschlandstipendien auf Grundlage des Stipendiengesetzes des Bundes sind bisher vergeben worden, und in welcher Höhe konnten die Hochschulen dafür private Mittel generieren?
35.	Abgeordneter **Klaus Hagemann** (SPD)	In welchem Umfang hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung unter Einbeziehung der Möglichkeiten gegenseitiger Deckungsfähigkeit und des Maßgabebeschlusses des Haushaltsausschusses zur Übertragung von Ausgabenresten aus 2010 jeweils Mittel für Kapitel 30 02 Titel 681 12 „Nationales Stipendienprogramm“ für 2011 eingeplant bzw. bislang verausgabt, und in welchem Umfang sind aus diesem Titel jeweils im Einzelnen Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit, von Fundraiser-Schulungen, der Fördermittelakquise, der Softwareentwicklung – unter Angabe der aktuellen Fallzahl in „mplus-S“ – sowie weiterer Overheadkosten vorgesehen bzw. erfolgt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

36. Abgeordneter **Klaus Hagemann** (SPD)

In welchem Umfang haben die EU-Mitgliedstaaten Griechenland, Portugal, Irland und Deutschland in der Förderperiode 2007 bis 2013 jeweils noch Ansprüche – unter Angabe des Zeitpunkts von deren Verfallbarkeit – aus nicht abgerufenen Mitteln der beiden EU-Strukturfonds und des Kohäsionsfonds bis 2010 sowie weitere Ansprüche in diesem Bereich für die verbleibende Laufzeit bis 2013, und welche konkreten finanziellen Auswirkungen hätte das Einlösen dieser Ansprüche der Mitgliedstaaten für den Bundeshaushalt?

37. Abgeordnete **Ingrid Nestle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bis wann wird die Bundesregierung Eckpunkte und einen eigenen Gesetzentwurf für die Einrichtung einer Markttransparenzstelle für den Großhandel mit Strom und Gas vorlegen?

38. Abgeordnete **Ingrid Nestle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Schritte hat die Bundesregierung bisher unternommen, um die im Zehnpunkte-Sofortprogramm zum Energiekonzept am 28. September 2010 beschlossene Einrichtung einer Markttransparenzstelle für den Großhandel mit Strom und Gas beim Bundeskartellamt umzusetzen, und warum wird diese notwendige Einrichtung zur Überwachung der Preisentwicklungen auf den Energiemärkten nicht zusammen mit dem aktuellen Gesetzespaket (Atomgesetz, Energiewirtschaftsgesetz, Netzausbaubeschleunigungsgesetz, Bundesbaugesetz, Erneuerbare-Energien-Gesetz etc.) geregelt?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

39. Abgeordneter **Günter Gloser** (SPD)

Welche Informationen liegen der Bundesregierung zu Flüchtlingen vor, die im Jahr 2011 aus Syrien in die Türkei, in den Irak und nach Jordanien geflohen sind?

40. Abgeordnete **Inge Höger** (DIE LINKE.)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der gewaltsamen Niederschlagung von Demonstrationen u. a. in Talokan und anderen Orten im deutschen Einsatzgebiet in Afghanistan unter Beteiligung der afghanischen Polizei hinsichtlich der Fortsetzung der Kooperation und der Ausbildung afghanischer Polizeikräfte von deutscher Seite, und worin besteht nach Ansicht der Bundesregierung der Unterschied zwischen der Niederschlagung von Protesten unter Einsatz von Schusswaffen unter Beteiligung der afghanischen Polizei und der Unterdrückung und Bekämpfung von Protesten durch libysche Polizei und libysches Militär?

41. Abgeordnete **Heike Hänsel** (DIE LINKE.)

Wird die Bundesregierung die Tötung von mindestens zwölf afghanischen Demonstranten und die Verletzung von über 80 Demonstranten, die vor dem Bundeswehrcamp in Talokan am 18. Mai 2011 gegen den NATO-Einsatz protestiert haben, untersuchen?

42. Abgeordnete **Heike Hänsel** (DIE LINKE.)

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass die afghanische Bevölkerung die Präsenz der Bundeswehr und anderer ISAF-Truppen immer kritischer sieht und es zu zahlreichen Demonstrationen gegen die NATO und deren militärisches Vorgehen kommt?

43. Abgeordneter **Niema Movassat** (DIE LINKE.)

Zu welchem neuen Termin erwartet die Bundesregierung die ursprünglich für die Woche vom 23. bis 28. Mai 2011 angesetzte Delegationsreise aus Namibia mit dem Ziel der Rückführung von in Charité-Archiven lagernden Schädeln und menschlichen Überresten der Volksgruppen der Herero und Nama?

44. Abgeordneter **Niema Movassat** (DIE LINKE.)

Zu welchem genauen Zeitpunkt und mit welchen Vertretern von namibischer Seite werden die deutsch-namibischen Regierungsverhandlungen zur Entwicklungszusammenarbeit in Deutschland stattfinden, und besteht ein Zusammenhang zwischen diesen Regierungsverhandlungen und der geplanten namibischen Delegationsreise zur Repatriierung der von deutscher Seite geraubten Schädel und menschlichen Überreste aus dem damaligen „Deutsch-Südwestafrika“?

45. Abgeordnete **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnisse besitzt die Bundesregierung darüber, ob auch deutsche Staatsbürger – insbesondere ehemalige Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten – für die durch die Vereinigte Arabische Emirate beauftragten privaten Sicherheitsunternehmen tätig sind (vgl. SPIEGEL ONLINE, 15. Mai 2011, Süddeutsche Zeitung, 16. Mai 2011), und was unternimmt sie, um diese Tätigkeit zu unterbinden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

46. Abgeordnete **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hat es in den laufenden Gesprächen zwischen der Bundesregierung und Vertretern der deutschen Reedereien seit dem sogenannten Anti-Piratengipfel der Bundesregierung am 24. Januar 2011 weitere Forderungen nach verstärktem hoheitlichen Schutz von Schiffen unter deutscher Flagge oder von deutschen Reedereien beziehungsweise die Ankündigung, beim Ausbleiben solcher hoheitlichen Schutzmaßnahmen einen Flaggenwechsel vorzunehmen und die Dienste privater Sicherheitsunternehmen in Anspruch zu nehmen, gegeben, und wie ist die Position der Bundesregierung gegenüber Tendenzen in der internationalen Handelsschifffahrt, darunter auch von Schiffen deutscher Reedereien oder unter deutscher Flagge, bewaffnete private Sicherheitsunternehmen zum Schutz von Ladung und Besatzung an Bord zu nehmen?

47. Abgeordneter **Hans-Joachim Hacker** (SPD)

Auf welcher Rechtsgrundlage erfolgen die rückwirkenden Anerkennungen des Beamtenstatus für Bundes- und Landesbeamte aufgrund von früheren Dienstzeiten in der DDR (z. B. Volkspolizei), und ist bei Ansprüchen auf Witwenentgelt aus diesen Beschäftigungsverhältnissen eine Verrechnung mit Leistungen der Deutschen Rentenversicherung Bund zulässig?

48. Abgeordneter **Hans-Joachim Hacker** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung eine Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes, um den Zeitraum für die rückwirkende Anerkennung des Beamtenstatus zeitlich auszuweiten und Verrechnungen zwischen Versorgungsbezügen mit Renten abzumildern?

49. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Inwieweit bestätigt die Bundesregierung die Schilderung des Nachrichtenmagazins „DER SPIEGEL“ vom 16. Mai 2011, S. 36 f., dass deutsche Sicherheitsbehörden im Sommer 2010 US-amerikanischen Stellen die Ausreise des deutschen Staatsangehörigen Bünyamin E. nach Pakistan mitteilten, dessen angebliche Prahlerei mit einem Anschlagsplan, dessen deutsche Handynummer, die Handynummer einer türkischen Kontaktperson sowie später die Adresse eines von E. besuchten Cafés im pakistanischen Ort Mir Ali, bevor am 4. Oktober 2010 eine von einer US-Drohne abgefeuerte Rakete E. in einem Gehöft nahe Mir Ali tötete, und besteht danach nicht auch nach Auffassung der Bundesregierung der dringende Verdacht, dass diese Informationen den tödlichen Drohnenangriff erst ermöglicht haben und die deutschen Sicherheitsbehörden deshalb eine Mitschuld an der Tötung des deutschen Staatsbürgers trifft, der – ungeachtet außenpolitischer Rücksichtnahmen auf die USA – in einem Strafverfahren in Deutschland weiter nachgegangen werden muss?

50. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Welche Veränderungen gab es beim Integrationskursangebot im Vergleich des ersten Quartals 2011 mit dem ersten Quartal 2010 (z. B. Zahl der zugelassenen Personen mit und ohne Rechtsanspruch auf Teilnahme, Zahl der begonnenen Teilzeit- bzw. Vollzeitkurse in diesen Zeiträumen), und welche weitergehenden Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um zu einer Erhöhung der durchschnittlich gezahlten Honorare für Lehrkräfte in Integrationskursen zu kommen, nachdem diese immer noch unterhalb der vor Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes im Jahr 2005 durchschnittlich gezahlten Honorare liegen?

51. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Wie steht die Bundesregierung dazu, dass die EU nur wenige zehntausend Migrantinnen und Migranten, Tunesien allerdings bereits über 300 000 Migrantinnen und Migranten seit der Libyen-Krise aufgenommen hat und trotzdem eine angebliche Migrationskrise und ein „biblischer Exodus“ (siehe taz vom 18. Mai 2011) der EU heraufbeschworen wird, und sieht es die Bundesregierung aufgrund ihrer erklärten Selbstverpflichtung zur Unterstützung einer demokratischen Entwicklung Tunesiens und in Anbetracht der vielen, vermeidbaren Todesfälle als erforderlich oder wenigstens hilfreich an, dass Deutschland sich wie auch andere EU-Mitgliedstaaten bereit erklärt, mehr Migrantinnen/Migranten aufzunehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

52. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Abschlussbericht der US-Kommission zur Untersuchung der Finanzkrise (FCIC), der der Deutschen Bank AG einen Platz in der „Hall of Shame“ der Verursacher der Immobilienblase zuweist, vor dem Hintergrund, dass die Bank entgegen ihren Behauptungen doch staatliche Hilfen in Höhe von 76 Mrd. US-Dollar erhalten hat, sowie daraus, dass Bank-Chef Josef Ackermann eine Eigenkapitalrendite von 20 bis 25 Prozent erzielen will, was ein hohes Systemrisiko darstellt und im Verlustfalle von Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern übernommen werden müsste?

53. Abgeordneter **Manfred Kolbe** (CDU/CSU)

Wie beabsichtigt die Bundesrepublik Deutschland im Realisierungsfall die Garantiesumme in Höhe von 168,3 Mrd. Euro aus dem geplanten Euro-Stabilitätsmechanismus (ESM) zu finanzieren?

54. Abgeordneter **Dr. Gerhard Schick** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Informationen liegen der Bundesregierung zu Schätzungen des Wertes von Liegenschaften des Staates Griechenland vor (vgl. beispielsweise DER TAGESSPIEGEL vom 16. Mai 2011: Akropolis ade – Griechenland soll sich von Staatsbesitz trennen; hier wird ein Schätzwert von 270 Mrd. Euro genannt), und welche Summe an Privatisierungserlösen davon ist bereits im derzeitigen Anpassungsprogramm des Internationalen Währungsfonds, der Europäischen Zentralbank und der EU-Kommission enthalten?

55. Abgeordneter **Dr. Gerhard Schick** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwiefern gibt es derzeit Programme technischer Hilfe für Griechenland mit deutscher oder anderer EU-Mitgliedstaatenbeteiligung, insbesondere hinsichtlich des Einsatzes von EU-Strukturfondsmitteln in Griechenland und zur Steigerung der Effizienz der griechischen Steuerverwaltung?

56. Abgeordneter **Dr. Thomas Gambke** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stimmt die Meldung aus der „Bild“ vom 20. Mai 2011, dass es in dieser Legislaturperiode keine Reform der Mehrwertsteuer geben wird, und wenn nein, wann wird die Kommission zur Reform der Mehrwertsteuer ihre Arbeit aufnehmen?

57. Abgeordnete **Christine Scheel** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele Pflichtfelder müssen kleine, mittelgroße und große Kapitalgesellschaften (bitte aufschlüsseln) derzeit in ihrer Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung ausfüllen, und wie viele Pflichtfelder müssten nach derzeitigem Stand (und damit gilt auch der derzeitige Stand der Pilotphase) nach Einführung der E-Bilanz jeweils ausgefüllt werden?

58. Abgeordnete **Christine Scheel** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie ist ein möglicher Anstieg der auszufüllenden Pflichtfelder in der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung nach Einführung der E-Bilanz mit dem Ziel des Bürokratieabbaus vereinbar, und aus welchem Grund untersucht die Bundesregierung in der Pilotphase der E-Bilanz nicht die Auswirkungen auf die bürokratischen Belastungen der Unternehmen (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Evaluierung der Offenlegungspflichten für den Mittelstand“, Bundestagsdrucksache 17/5028, Antwort zu Frage 5)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

59. Abgeordnete **Brigitte Pothmer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die aktuelle Empfehlung (Version 01, 11. März 2011) des Anerkennungsbeirats zur Zertifizierung staatlich anerkannter Schulen nach § 8 der Anerkennungs- und Zulassungsverordnung – Weiterbildung (AZWV), insbesondere auch bezogen auf die Qualität der Weiterbildung und die Wettbewerbsbedingungen zwischen staatlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft im Rahmen der geförderten Weiterbildung, und welche Bundesländer beabsichtigen nach Kenntnis der Bundesregierung eine Stelle, die die Aufsicht über staatlich anerkannte Schulen führt und von deren Zertifikat dann die zu dieser aufsichtführenden Stelle gehörenden staatlich anerkannten Schulen erfasst würden, als Bildungsträger zertifizieren zu lassen?

60. Abgeordnete **Brigitte Pothmer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit wie vielen neuen Förderfällen über den Gründungszuschuss rechnet die Bundesregierung im Jahr 2012 unter Berücksichtigung der im Referentenentwurf des „Gesetz(es) zur Leistungssteigerung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“ bei diesem Instrument erwarteten Einsparungen und der zu er-

wartenden Vorbindungen durch bereits erfolgte Förderzusagen aus den Vorjahren im Vergleich zum Jahr 2010 (jeweils bitte unter Angabe der Anzahl der Eintritte in die erste Phase der Förderung über den Gründungszuschuss und der zu erwartenden Höhe der Vorbindungen)?

61. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)

In wie vielen Jobcentern (gemeinsame Einrichtungen und zugelassene kommunale Träger) wurden bislang örtliche Beiräte nach § 18d des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) eingerichtet, und wie viele Beiräte gab es bei den Arbeitsgemeinschaften (ARGEn), zugelassenen kommunalen Trägern und Agenturen für Arbeit in getrennter Aufgabenwahrnehmung vor Inkrafttreten des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende zu Anfang dieses Jahres?

62. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)

Wie schätzt die Bundesregierung den derzeitigen Stand der per Gesetz verpflichtenden Einrichtung von örtlichen Beiräten bei jedem SGB-II-Träger hinsichtlich der Zielerreichung, insbesondere Probleme bei der Umsetzung, ein, und welche Erfahrungen gibt es bezüglich Arbeitsweise und Zusammensetzung der bereits bestehenden örtlichen Beiräte?

63. Abgeordnete **Jutta Krellmann** (DIE LINKE.)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, in wie vielen Fällen bislang Erwerbsloseninitiativen bzw. Interessenvertreter von Arbeitslosen in einen örtlichen Beirat der Jobcenter (gemeinsame Einrichtungen und zugelassene kommunale Träger) nach § 18d SGB II berufen wurden?

64. Abgeordnete **Silvia Schmidt (Eisleben)** (SPD)

Welche Informationen liegen der Bundesregierung generell über die Lebensverhältnisse von Eltern mit Behinderung und deren Familien vor, und sind im Rahmen des Nationalen Aktionsplanes zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zusätzliche Maßnahmen für die Unterstützung des Erziehungsauftrags von behinderten Eltern vorgesehen?

65. Abgeordneter **Klaus Ernst** (DIE LINKE.)

Wie viele Personen erhalten nach der sozialversicherungspflichtigen Bruttoarbeitsentgeltstatistik der Bundesagentur für Arbeit ein Arbeitsentgelt, das unter dem Bedarf des SGB II inklusive des Erwerbstätigenfreibetrags liegt?

66. Abgeordneter **Klaus Ernst** (DIE LINKE.)

Welche Expertisen und Studien wurden von der Bundesregierung seit Januar 2010 an die „MaschmeyerRürup AG“ vergeben, und wie hoch waren die jeweiligen Honorare (bitte chronologisch aufgeschlüsselt nach Bundesministerien)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

67. Abgeordnete **Rita Schwarzelühr-Sutter** (SPD)

Welche Auswirkung auf die Entwicklung der Agrarrohstoffpreise und eine potenzielle Monopolisierung sieht die Bundesregierung bei einem möglichen Börsengang der Glencore International AG Ende des Monats Mai 2011?

68. Abgeordnete **Rita Schwarzelühr-Sutter** (SPD)

Welche Anhaltspunkte und Nachweise führt die Bundesregierung an, um die im Eckpunktepapier „Preisvolatilität und Spekulation auf den Märkten für Agrarrohstoffe“ des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz aufgestellte Behauptung: „Auf den Weltmärkten hat die Politik der EU tendenziell zu einer Stabilisierung der Märkte beigetragen“ zu belegen?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333